Informationsstelle Militarisierung e.V.

IMI-STUDIE

Nr. 1b/2025 - 24.6.2025 - ISSN: 1611-213X

Militärausgaben und Sozialabbau

Rüstung statt Rente - Kanonen statt Butter

von Jürgen Wagner

Zusammenfassung

Die Kurzstudie fasst diverse Artikel der letzten Jahre zur Entwicklung der Rüstungsausgaben zusammen und ergänzt sie um die Aspekte des jüngsten deutschen Rüstungs- und Schuldenpaketes sowie um die Auswirkungen der im Juni 2025 beschlossenen Erhöhung des NATO-Ausgabenziels auf 5% des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Sie kommt zu dem Ergebnis, dass von einer kaputtgesparten Bundeswehr keine Rede sein kann (Anstieg der offiziellen Militärausgaben von 32,5 Mrd. Euro 2014 auf 50,4 Mrd. Euro 2022). Die im März 2025 beschlossene weitgehende Aussetzung der Schuldenbremse soll laut aktueller Finanzplanung eine weitere Erhöhung des Kernhaushaltes auf 152 Mrd. Euro im Jahr 2029 ermöglichen (plus weitere Mittel für Infrastruktur, Waffenlieferungen usw.). Kurzfristig sollen diese immensen Summen zwar über zusätzliche Schulden aufgebracht, mittel- bis langfristig aber aus dem Haushalt finanziert werden. Vor diesem Hintergrund bereitet derzeit eine asoziale Kanonen-statt-Butter-Rhetorik noch drastischere Sozialkürzungen vor.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung - 2
Realitätscheck: Kaputtgesparte Bundeswehr? - 2
Historische Ausgabenziele - 2
Militärausgaben: Alle Bremsen gelöst - 3
Wirtschaftlicher Holzweg - 4
Asoziale Debatte - 5
Fragwürdige Annahmen - 5
Anmerkungen - 7

Einleitung

Der aktuelle Überbietungswettbewerb in Sachen Militärausgaben sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass interessierte Akteure aus Politik, Militär und Industrie schon lange vom selben Blatt singen: Eine angeblich kaputtgesparte Bundeswehr stehe „blank“ (Heeresinspekteur Alfons Mais) da und müsse dringend finanziell aufgepäppelt werden. Mit dieser Botschaft gelang es schon seit Jahren, deutliche Etatsteigerungen durchzusetzen. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine kennen die Forderungen aber nahezu kein Halten mehr, eine Entwicklung, die mit der weitgehend auf Militärausgaben beschränkten Aussetzung der Schuldenbremse im März 2025 und der Erhöhung des NATO-Ausgabenziels auf 5% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) beim Gipfeltreffen im Juni 2025 ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Parallel dazu werden auch die Plädoyers, zur Finanzierung dieses beispiellosen Rüstungsschubes drastische Kürzungen bei den Sozialausgaben vorzunehmen, immer dreister. Insofern ist Christoph Butterwegge recht zu geben, der bereits vor einiger Zeit warnte: „Hochrüstung macht generell die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Weil dem Wohlfahrtsstaat fehlt, was ein Rüstungsstaat an Mehrkosten verschlingt, folgt der militärpolitischen Zeitenwende nun fast zwangsläufig auch eine sozialpolitische Zeitenwende.“[1]

Realitätscheck: Kaputtgesparte Bundeswehr?

Im Jahr 2014 rief das Verteidigungsministerium die „Agenda Rüstung“ aus, in deren Folge der Mythos der kaputtgesparten Bundeswehr geboren und überaus erfolgreich in den Köpfen der Bevölkerung verankert wurde - dass dies wenig bis nichts mit den Realitäten zu tun hatte, tat hier offenbar wenig zur Sache.[2]

Tatsächlich stieg der Verteidigungshaushalt von (umgerechnet) rund 24 Mrd. Euro im Jahr 2000 bereits deutlich auf etwa 32,5 Mrd. Euro im Jahr 2014. Er lag damit auch drastisch über dem eigentlich verbindlich vereinbarten Sparziel vom Juni 2010. Damals war festgelegt worden, alle Ressorts müssten bis 2014 insgesamt 81,6 Mrd. Euro einsparen und die Bundeswehr solle dazu 8,3 Mrd. Euro beitragen. Gemäß dem daran angelehnten Bundeswehrplan sollte der Militärhaushalt bis 2014 auf 27,6 Mrd. Euro reduziert werden – ein Beschluss, der augenscheinlich rasch wieder einkassiert worden war. Doch von da ab schoss der Verteidigungshaushalt mit dem Rückenwind der Agenda Rüstung erst richtig durch die Decke, um unmittelbar vor der Zeitenwende 50,4 Mrd. Euro (2022) zu erreichen, was auch inflationsbereinigt einen kräftigen Anstieg bedeutete.

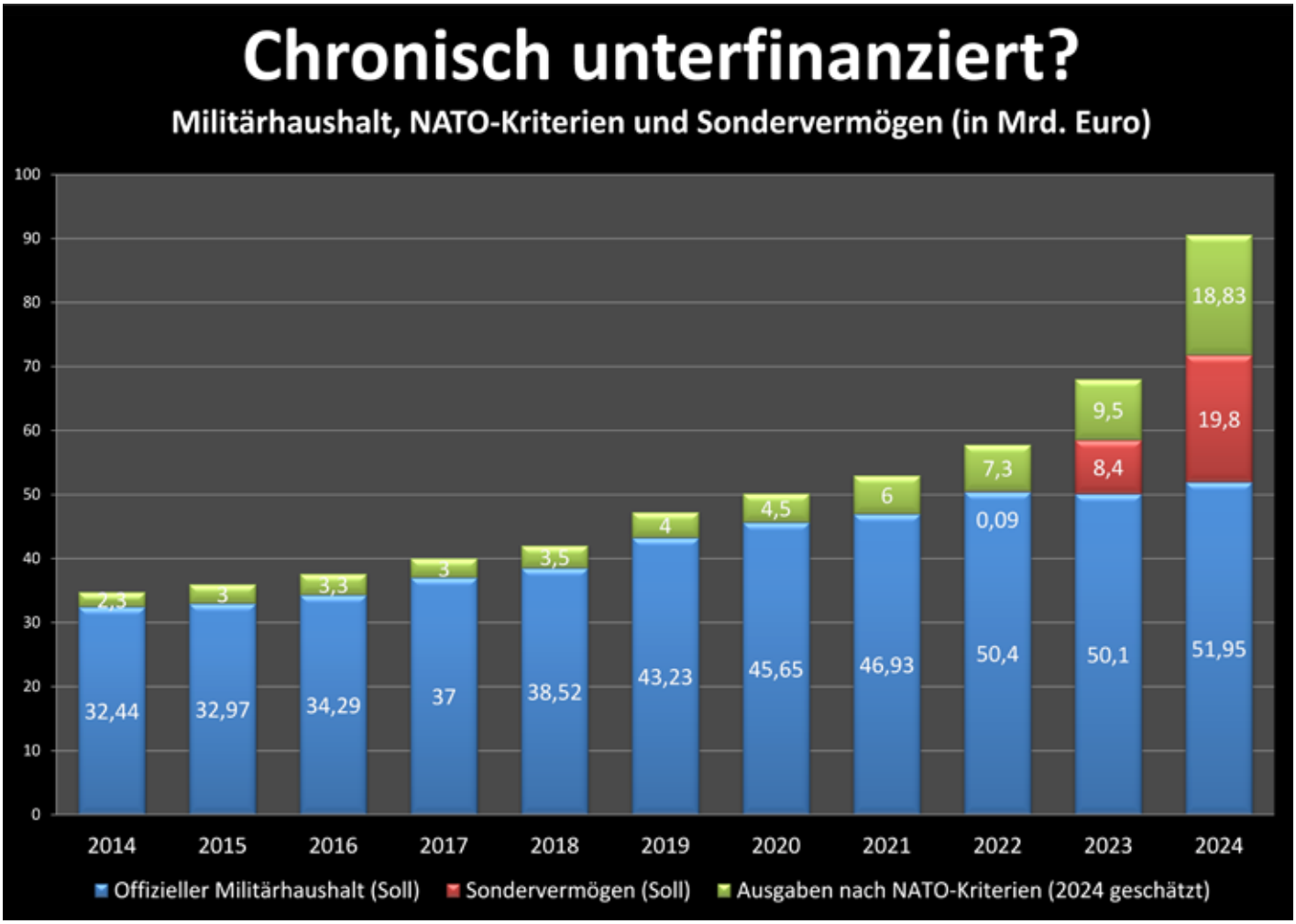
Dennoch wurde der Mythos der kaputtgesparten Bundeswehr unermüdlich weiter bemüht, was neben dem Schock des russischen Angriffskrieges sicher erheblich dazu beitrug, dass Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 weitgehend kritiklos eine militärische Zeitenwende ausrufen konnte, die zwei Kernelemente beinhaltete: Erstens, dass die Militärausgaben in Zukunft mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes umfassen sollten; und zweitens, dass ein Sondervermögen im Umfang von 100 Mrd. Euro ausgelobt wurde (wofür wegen der Schuldenbremse kurze Zeit später das Grundgesetz geändert werden musste).[3]

Im Jahr 2023 pirschte sich die Bundesregierung mit Militärausgaben von rund 1,6% des BIP (2022: 1,51%) allmählich an das 2%-Ziel heran[4], das im Folgejahr übertroffen wurde. Laut Schätzungen der NATO beliefen sich die deutschen Militärausgaben im Jahr 2024 auf 90,58 Mrd. Euro (2,12% des BIP).[5] Der Betrag setzte sich zusammen aus dem offiziellen Verteidigungshaushalt von 51,95 Mrd. Euro, hinzu sollten 19,8 Mrd. aus dem Sondervermögen und 18,83 Mrd. Euro nach NATO-Kriterien (militärrelevante Ausgaben aus anderen Haushalten, v.a. für Waffenlieferungen an die Ukraine) kommen (weil ein zeitiger Mittelabruf teils nicht gelang, waren es real wohl rund 4,6 Mrd. Euro weniger[6]).

An dieser Stelle ist es wichtig, auf zwei sprachliche Nebelkerzen aufmerksam zu machen: Erstens handelt es sich selbstverständlich nicht um ein „Sondervermögen“ der Bundeswehr, mit dem die aktuellen Ausgabenziele erreicht werden, sondern um Schulden, die mit Zinsen zurückgezahlt werden müssen (was natürlich ebenso für künftige Rüstungsschulden gilt). Und zweitens verschleiert das Gerede von den 2% des BIP die tatsächlichen Dimensionen, um die es hier geht: Denn bei einem Gesamtbudget von 476,8 Mrd. Euro im Jahr 2024 sind das (ohne Berücksichtigung des nicht in diesem Betrag enthaltenen Sondervermögens) rund 19% des Haushaltes. Anders ausgedrückt: 2024 erhielten die Ministerien Bildung (21,5), Gesundheit (16,7), Entwicklung (11,2), Wirtschaft & Klima (11,1), Wohnen (6,7), Auswärtiges (6,7) und Umwelt (2,4) alle zusammen immer noch über 13 Mrd. Euro weniger als das Militär!

Historische Ausgabenziele

Trotz dieser rasanten Ausgabensteigerungen war das Ende der Fahnenstange damit noch lange nicht erreicht. Dies hängt auch damit zusammen, dass bereits im Oktober 2024 darüber berichtet wurde, die NATO beabsichtige eine deutliche Erhöhung ihrer Kapazitätsziele („Minimum Capability Requirements“, MCR), zu denen Deutschland knapp 10 Prozent beitrage. Gegenüber bisherigen Planungen wolle das Bündnis künftig insgesamt über 15 Armeekorps (Anstieg um 9), 38 Divisionen (+14), 131 Kampfbrigaden (+49), 1467 bodengebundene Flugabwehreinheiten (+1174) und 104 Hubschrauberverbände (+14) verfügen. Für Deutschland bedeute das u.a. „fünf bis sechs weitere Kampftruppenbrigaden“ mit je rund 5.000 Soldat*innen, wurde aus einem Dokument des Verteidigungsministeriums zitiert.[7] Die dadurch „erforderliche“ Erhöhung der Zahl an Bundeswehrsoldat*innen befeuert wiederum die Debatte um eine wie auch immer geartete Wiedereinführung der Wehrpflicht: „Die Bundeswehr brauche etwa 60.000 aktive Soldaten und Soldatinnen zusätzlich, erläuterte Pistorius. [...] Da komme die Wehrpflicht ins Spiel, wenn es nicht genug Freiwillige gebe.“[8]



Ende Januar 2025 stattete NATO-Generalsekretär Mark Rutte diese Ambitionen dann mit einem konkreten Preisschild aus: Hierfür seien 3,6% oder 3,7% des BIP erforderlich, womöglich einige Zehntel weniger.[9] Im Februar 2025 versicherte eine DPA-Meldung, die breit in den Medien aufgegriffen wurde, die NATO habe berechnet, dass eine Umsetzung der neuen Fähigkeitsziele Mindestausgaben im Umfang von 3,6% des BIP bedürften.[10] Doch auch bei diesen schwindelerregenden Zahlen handelte es sich lediglich um eine Momentaufnahme. Als „historisch“ bezeichnete Generalsekretär Rutte denn auch die schlussendlich beim NATO-Gipfel im Juni 2025 getroffene Entscheidung, ein neues militärisches Ausgabenziel von 5% des BIP auszugeben (3,5% davon für Militärausgaben im engeren und 1,5% im weiteren Sinne). Der zentrale Passus im Abschlussdokument des Gipfels lautet: „Die Verbündeten sagen zu, bis 2035 jährlich fünf Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in die zentralen Verteidigungsaufgaben sowie in verteidigungs- und sicherheitsrelevante Ausgaben zu investieren.“[11]

Deutschland will die Vorgaben bereits früher erreichen: Laut den am 24. Juni 2025 vorgelegten Eckwerten für die kommende Haushaltsplanung soll der Verteidigungshaushalt von 51,95 Mrd. Euro (2024) über 62,4 Mrd. Euro (2025[12]) und 93,3 Mrd. Euro (2027) auf 152,8 Mrd. Euro (2029) ansteigen. Hinzu sollen 2029 die ebenfalls von der Schuldenbremse ausgenommenen Ausgaben für Zivil- und Bevölkerungsschutz (2,3 Mrd.), Nachrichtendienste (2,4 Mrd.), IT-Sicherheit (1,7 Mrd.), Waffenlieferungen insbesondere an die Ukraine (8,5 Mrd.) kommen.[13] Dies würde sich auf 167,8 Mrd. Euro bzw. 3,5% des BIP summieren, zu denen noch die Gelder für militärische Infrastrukturausgaben von 1,5% des BIP kommen dürften – zusammen also rund 240 Mrd. Euro bei einem geplanten Gesamthaushalt von 573,8 Mrd. Euro! Historisch sind diese Zahlen in der Tat, allein schon aus dem Grund, weil der bisherige Höchststand deutscher Rüstungsausgaben ins Jahr 1963 zurückreicht und damals mit 4,88% des BIP unter den derzeitigen Plänen lag.[14]

Militärausgaben: Alle Bremsen gelöst

Trotz mannigfaltiger Forderungen, die entsprechenden Ausgaben künftig in voller Höhe ohne Schuldenaufnahme aus dem laufenden Haushalt aufzubringen, wurde relativ schnell klar, dass dies kurzfristig nicht zu realisieren war. Zwischenzeitlich schien es, als werde ein neues Bundeswehr-Sondervermögen ausgelobt, die Rede war zunächst von 200 Mrd. Euro., dann von 400 Mrd. Euro. Schließlich hatten sich Union und SPD auf eine dritte Variante verständigt, die zusammen mit den Stimmen der Grünen am 18. März im Bundestag und am 21. März 2025 im Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet wurde: Militärausgaben oberhalb von 1 Prozent des BIP werden künftig von der Schuldenbremse ausgenommen, wobei es weder eine zeitliche noch eine finanzielle Grenze zu geben scheint.[15]

Auf Initiative der Grünen wurden gegenüber dem ursprünglichen Antrag von SPD und Union dann auch noch die Ausgaben in den Bereichen Zivil- und Bevölkerungsschutz, Cybersicherheit, Nachrichtendienste und die Unterstützung für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten (also v.a. die Kosten für die Waffenlieferungen an die Ukraine) von der Schuldenbremse ausgenommen.[16]

Im Hauruckverfahren wurde also noch vom alten Bundestag die heilige Schuldenbremse für Militärausgaben – und nur dafür, plus diverse andere Großteils problematische sicherheitsrelevante Bereiche – außer Kraft gesetzt. Dabei war deshalb so große Eile geboten, weil Linke und AfD im jetzigen Bundestag angesichts der für diese Änderung erforderlichen Zweidrittelmehrheit eine Sperrminorität haben.

Das zudem beschlossene Infrastruktur-Sondervermögen im Umfang von 500 Mrd. Euro könnte an sich sinnvoll sein, doch auch hier zeichnet sich jetzt schon ab, dass relevante Teile davon in die Ertüchtigung von Infrastruktur gesteckt werden, die aus rein militärischen Gesichtspunkten für den schnellen Truppen- und Güterverkehr erfolgt: „Die Infrastruktur ist auch im Zusammenhang mit der angestrebten sehr zügigen und umfassenden Ertüchtigung der Verteidigungsfähigkeit ein wesentlicher, quasi komplementärer Faktor. Die tatsächliche Fähigkeit, ein deutlich gesteigertes Verteidigungspotenzial auch zur Wirkung zu bringen, setzt die Verfügbarkeit einer ausgebauten, funktionstüchtigen und modernen Infrastruktur, z. B. im Verkehrsbereich, voraus.“[17]

Wirtschaftlicher Holzweg

Auffällig ist die immer prominentere Rolle, die arbeitgebernahe Einrichtungen, insbesondere das Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW) und das ifo Institut für Wirtschaftsforschung München in den Debatten über steigende Militärausgaben, Aufrüstung und Sozialkürzungen spielen. So plädierte das IfW in einer zusammen mit der Denkfabrik Bruegel erstellten Studie im Februar 2025 dafür, europaweit müssten, um einen eventuellen Ausfall von US-Fähigkeiten zu kompensieren, 50 zusätzliche Brigaden mit insgesamt 300.000 Soldat*innen aufgestellt und die Militärausgaben auf 3,5% bis 4% des BIP gesteigert werden.[18]

Nahezu zeitgleich bemühte sich das Institut in einer weiteren Studie mit dem Titel „Waffen und Wachstum“ darum, die ökonomische Sinnhaftigkeit derart hoher Militärausgaben zu suggerieren und so eine größere Akzeptanz dafür zu schaffen. Die knappe und äußerst fragwürdige Botschaft: Hohe schuldenfinanzierte Rüstungsausgaben sind ein Segen für die gesamte Wirtschaft, sofern die diesbezüglichen Gelder primär an die eigene Industrie fließen. Aus der Pressemitteilung: „Ein neuer Report des IfW Kiel zeigt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,9 bis 1,5 Prozent im Jahr steigen könnte, wenn die EU-Staaten in dem entsprechenden Jahr ihre Militärausgaben vom NATO-Ziel von 2 Prozent auf 3,5 Prozent des BIP anheben und von überwiegend US-amerikanischen auf heimische Hightech-Waffen umsteigen würden.“[19]

Wie es sich im Übrigen für ein arbeitgebernahes Institut gehört, hat das IfW auch eine klare Position, woher die Gelder kommen sollten – nicht von Unternehmen und Reichen: „Das BIP-Wachstum wird geringer ausfallen, möglicherweise sogar negativ sein, wenn zusätzliche Verteidigungsausgaben von Anfang an durch höhere Steuern finanziert werden. Europas Regierungen sollten daher mehr Schulden aufnehmen, um vorübergehende Mehrausgaben oder den Übergang zu auf Dauer höheren Budgets zu finanzieren, zumal der Kauf von Waffen teurer ist als die Wartung und Instandhaltung.“[20]

Wenn kurzfristig über Schulden riesige Beträge in irgendeinen Bereich der Wirtschaft gekübelt werden, hat dies selbstverständlich Auswirkungen auf das BIP. Langfristig aber wirken sich Rüstungsausgaben gemäß diverser Untersuchungen alles andere als positiv aus: „Im Jahr 2020 ergab die groß angelegte Metastudie »Military Expenditures and Economic Growth«, in der 231 Studien ausgewertet und zusammengefasst wurden, dass hohe Rüstungsausgaben insgesamt einen überwiegend negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben. Der »Militär-Keynesianismus« macht die Menschen also real ärmer, und hinten kommt nichts Gutes heraus. Nichts bis auf einen großen Haufen totes Metall.“[21] Außerdem stellt sich ja die Frage, welche Wirkungen erhöhte Investitionen im Rüstungssektor im Vergleich zu solchen in anderen Bereichen auf das Wachstum haben. Hier kommt eine Studie über Deutschland, Italien und Spanien zu dem Ergebnis, dass „für alle Länder nicht-militärische öffentliche Ausgaben einen positiveren Effekt auf Wirtschaft und Beschäftigung als Ausgaben für Waffenkäufe haben.“[22]

Man könnte aber auch einfach die ansonsten gerade gern zitierten Rüstungshardliner Christian Mölling (Bertelsmann) und Torben Schütz (DGAP) heranziehen. Bei capital.de schrieben sie bereits voriges Jahr: „Aufrüstung ist teuer und unpopulär – daher verfallen einige Politiker auf eine neue Idee: Die Rüstungsmilliarden könnten eine Konjunkturspritze sein. [...] Doch unterm Strich ist die Idee des Rüstungs-Keynesianismus ein gut gemeinter Versuch, sicherheitspolitisch notwendige Investitionen über Wohlstandseffekte zu vermitteln. [...] Rüstung ist bekanntermaßen eine vergleichsweise schlechte Investition, wenn es um die Förderung der Volkswirtschaft geht. Hier bringen Investitionen in Bildung oder Infrastruktur viel höhere Effekte.“[23]

Faktisch argumentieren Mölling und Schütz dafür, sich ehrlich zu machen und offensiv dafür zu werben, sich

ReArm Europe! Wie die Europäische Union gigantische Summen für die „Ära der Aufrüstung“ mobilisieren will

Anfang März 2025 legte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen Plan zur „Wiederaufrüstung Europas“ („ReArm Europe“) vor, der ein Maßnahmenpaket enthielt, das anschließend vom Europäischen Rat gebilligt und im EU-Weißbuch Verteidigung vom 19. März 2025 aufgegriffen wurde.[1] Konkret sollen über folgende Maßnahmen gigantische Summen mobilisiert werden:

Punkt 1: Es soll ein europäisches Finanzierungsinstrument mit dem Namen SAFE („Security and Action for Europe“) im Umfang von 150 Mrd. Euro eingerichtet werden. Darüber sollen den Mitgliedsstaaten zinsgünstige Darlehen für Investitionen im Verteidigungsbereich gegeben werden, was auch Rüstungsgüter für die Ukraine einschließt. Kredite sollen aber nur gewährt werden, wenn es sich um Ankäufe in Schlüsselbereichen handelt, die vor allem den Zweck haben, sich unabhängiger von den USA zu machen. Parallel dazu legte Die EU-Kommission gleich auch einen SAFE-Verordnungsvorschlag vor, der die Möglichkeit eröffnet, SAFE-Projekte mit einer Mehrwertsteuerbefreiung zu beglücken. Außerdem wird darin festgehalten, dass bei SAFE-Projekten mindestens 65 Prozent der Komponenten aus europäischer oder ukrainischer Produktion stammen und der Einfluss von Drittanbietern stark begrenzt wird.

Punkt 2: Militärausgaben im Wert von bis 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes können mindestens für die nächsten vier Jahre von den Schuldenregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts (Maastricht-Kriterien) ausgenommen werden. Dies soll dabei helfen, die europaweiten Militärausgaben von aktuell rund 2 Prozent auf 3,5 Prozent des BIP anzuheben, was einer Gesamtsumme von 650 Mrd. Euro entspreche.

Punkt 3: Weiter soll an die Mittel der Kohäsionsfonds gegangen werden, die eigentlich über die Finanzierung von Umwelt und Infrastrukturmaßnahmen in den ärmeren Mitgliedsländern eine schrittweise Angleichung der Lebensverhältnisse befördern sollen. Hier geht es für die ärmeren Mitgliedsländer um beträchtliche Mittel, die nun auch für Rüstungszwecke nutzbar gemacht werden sollen. Das Fachportal Bruxelles2 schreibt dazu (übersetz mit deepl.com): „Zur Unterstützung der Verteidigung schlägt die Kommission die Schaffung von zwei neuen spezifischen Zielen innerhalb des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung vor, der derzeit über ein ungenutztes Budget von 204 Milliarden Euro verfügt. Das erste Ziel wird es den Mitgliedstaaten und Regionen ermöglichen, Mittel umzuprogrammieren, um die Produktionskapazitäten von Rüstungsunternehmen unabhängig von ihrer Größe und ihrem Standort zu stärken. Und das zweite Ziel ist der Aufbau einer widerstandsfähigen Infrastruktur zur Förderung der militärischen Mobilität in der EU. Mit besonderem Schwerpunkt auf den östlichen Grenzregionen der Union.“[2]

Punkt 4: Die Europäische Investitionsbank (EIB) soll ebenfalls vor den Rüstungskarren gespannt werden. Lange war dies gänzlich tabu, dann erfolgte eine Öffnung für Güter mit doppeltem Verwendungszweck (dual-use). Nun sollen die „Vergabekriterien“ laut Weißbuch „genauer definiert“ werden, um sie „mit den neuen politischen Prioritäten der EU in Einklang zu bringen.“ Angesichts der 89 Mrd. Euro, die 2024 an EIB-Krediten gezeichnet wurden, ist das diesbezügliche Potenzial ersichtlich, auch wenn zunächst einmal für 2025 „nur“ eine Verdopplung der sicherheitsrelevanten Beträge auf 2 Mrd. Euro beschlossen wurde.

Punkt 5: Es soll verstärkt privates Investitionskapitel gewonnen werden. Das Weißbuch benennt explizit den Bedarf, bei den im Augenblick in Überarbeitung befindlichen Nachhaltigkeitskriterien „zusätzliche Klarheit“ zu schaffen, dass diese die „Finanzierung des Verteidigungssektors nicht ausschließen“. Dadurch sollen bislang verschlossene Geldquellen, zum Beispiel Pensionsfonds, erschlossen werden.

Punkt 6: Die vorigen Punkte waren alle bereits in von Leyens ReArm-Europe-Plan enthalten. Das EU-Weißbuch Verteidigung fügt darüber hinaus noch den Bedarf hinzu, im nächsten EU-Haushalt 2028 bis 2035, dessen Verhandlungen in Kürze beginnen werden, die rüstungsrelevanten EU-Eigenmittel deutlich zu erhöhen.

Anmerkungen

1 Zitate in diesem Abschnitt stammen sofern nicht anders angegeben aus dem EU-Weißbuch Verteidigung.

2 La Commission propose de mobiliser les fonds de cohésion pour la défense, Bruxelles2, 1.4.2025.

	Kampfpanzer	Gep. Fahrzeuge	Artillerie	Kampfhubschrauber	Hauptkriegsschiffe	U-Boote	Kampfflugzeuge	Strat. Bomber
NATO gesamt	9.011	45.619	22.145	1.301	274	143	5.406	140
USA	2.640	15.679	6.463	880	122	66	3.244	140
Kanada	74	1.118	283	0	12	4	89	0
europ. NATO	6.297	28.822	15.399	421	140	73	2.073	0
Russland	2.000	11.020	5.399	348	33	50	1.026	129

Quelle: Wulf, Herbert/Steinmetz, Christopher: Wann ist genug genug? Greenpeace, November 2024, S. 16.

die Rüstung so richtig etwas kosten zu lassen, auch wenn dadurch die Wirtschaft geschädigt wird. Das Institut für Weltwirtschaft hat sich augenscheinlich für den entgegengesetzten Weg entschieden!

Asoziale Debatte

Allein zwischen 2025 und 2029 sollen durch die Aussetzung der Schuldenbremse ermöglichte Kredite im Umfang von 378,1 Mrd. Euro aufgenommen werden, um die Militärausgaben zu finanzieren.[24] Deshalb sprechen sich auch ifo und IfW strikt dafür aus, die Militärausgaben mittel- bis langfristig nicht über Schulden (oder über Steuererhöhungen), sondern so weit als möglich über Kürzungen in anderen Bereichen aufzubringen. IfW-Chef Moritz Schularick äußerte sich zum Beispiel: „Ich kann sehr gut mit der vereinbarten Ausnahme der Verteidigungsinvestitionen von der Schuldenbremse leben. Aber klar ist: Langfristig müssen wir die Ausgaben in den regulären Haushalt einbinden. Wir müssen also umschichten aus anderen Ausgabenposten oder neue Einnahmen finden.“[25]

Die arbeitgebernahen Institute sind vor allem fürs Umschichten zu haben – und woher wissen sie auch recht genau. So forderte ifo-Chef Clemens Fuest bereits im Februar 2024: „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“ Rund einen Monat später bediente sich auch IfW-Präsident Moritz Schularick dieses in die Nazizeit zurückreichenden Spruchs.[26] Unter dem bemerkenswerten Titel „Wir müssen aufrüsten für den Wohlstand“ forderte er: „Deutschland und Europa müssen aufrüsten, auch wenn die Konsequenzen für die Staatsfinanzen dramatisch sein werden. [...] Wie viel mehr Geld müssten wir dafür ausgeben? Wenn wir uns an anderen Ländern orientieren, scheint eine Erhöhung der Militärausgaben bis zum Ende des Jahrzehnts auf 150 Milliarden Euro jährlich realistisch. [...] Wie kann und wie sollte ein solches Paket daher finanziert werden? Mittelfristig wird kein Weg daran vorbeiführen, harte Budgetentscheidungen zwischen »Kanonen und Butter« zu treffen.“[27]

Zuletzt machte sich Anfang des Jahres Niklas Potrafke vom ifo Institut mit ähnlichen Forderungen nach Sozialkürzungen bemerkbar: „Kernaufgabe der Politik ist es, Prioritäten zu setzen. Deutschland wird nicht nach Belieben konsumtive und investive Ausgaben erhöhen können. [...] Verteidigung ist eine Kernaufgabe des Staates und gehört deshalb in den Kernhaushalt. [...] Der größte Posten im Bundeshaushalt sind Zuschüsse in die Rentenversicherung – alsbald 130 Milliarden Euro im Jahr. Das ist eine klassische konsumtive Ausgabe. Wir haben es über Jahre verschlafen, wesentliche Strukturreformen anzugehen. Ein prominentes Beispiel ist der Umgang mit dem demographischen Wandel. Wir sollten nun dringend zusehen, durch entschlossenes Anpassen des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung die Zuschüsse in die Rentenversicherung zu reduzieren.“[28]

Es ist bemerkenswert, mit welcher Unverfrorenheit Menschen, die sich um die Butter auf ihrem Brot keine Sorgen zu machen brauchen, hier Sozialkürzungen für „unseren Wohlstand“ einfordern.[29] Und besonders ärgerlich ist es, wenn dies alles auch noch als alternativlos präsentiert wird. Typisch hierfür sind etwa Aussagen des ohnehin stets rüstungsfreundlichen Deutschlandfunk-Kommentators Marcus Pindur: „Allen Experten, einschließlich Verteidigungsminister Pistorius ist klar, dass wir schnell auf 3 oder 3,5% kommen müssen, um Putin und dessen neokoloniale Aggressionspolitik abzuschrecken. Das muss die erste politische Priorität der nächsten Bundesregierung sein. Doch solange dieses Land mit Verve darüber streitet, ob ein Karenztag bei der Krankmeldung zumutbar ist oder nicht, hat es die Prioritäten nicht richtig sortiert. In den kommenden Jahren kann es nicht mehr um neue soziale Wohltaten gehen, es geht um unsere Sicherheit, das sollte uns der Auftritt Trumps lehren.“[30]

Fragwürdige Annahmen

Tatsächlich ist es keineswegs so, dass sich in diesen Fragen „alle“ Experten einig wären: Im Wesentlichen basieren die Forderungen nach höheren Rüstungsausgaben auf mehreren weitgehend unhinterfragten, aber dennoch mehr als fragwürdigen Annahmen: Da wäre einmal die These von der kaputtgesparten Bundeswehr, auf die in diesem Artikel bereits ausführlich eingegangen wurde. In diesem Zusammenhang boten die jüngsten heftigen Konflikte mit den USA die Möglichkeit, einen weiteren Argumentationsteppich für höhere Rüstungsausgaben auszubreiten. Künftig könnten als Vergleich nicht mehr die NATO-Militärausgaben, sondern nur noch die Budgets der EU-Länder herangezogen werden, wobei sich zeige, dass deren Militärausgaben „geringer als die Russlands“ seien, wurde zum Beispiel im März 2025 erschienenen Weißbuch Verteidigung der Europäischen Union argumentiert.[31] Tatsächlich weist die Military Balance für 2024 aber Militärausgaben

der EU-Staaten von 457 Mrd. Dollar aus, während Russland „nur“ auf 145,9 Mrd. Dollar kommt. Nur über den Klimmzug, kaufkraftbereinigte Zahlen anzugeben, kommt Russland 2024 – übrigens auch dann erst zum allerersten Mal – mit 462 Mrd. Dollar auf eine höhere Summe als die EU-Staaten.[32] Kaufkraftbereinigte Zahlen sind aber alles andere als unproblematisch: Die Military Balance gibt selber an, sie könne keine für die EU-Staaten zur Verfügung stellen und das renommierte Friedensforschungsinstitut SIPRI erachtet kaufkraftbereinigte Zahlen generell als ungeeignet, weil sich die Berechnungsgrundlage ziviler Güter und Dienstleistungen zu stark von militärischen unterscheiden würden.[33] Und selbst wenn man kaufkraftbereinigte Zahlen nimmt, haben die europäischen NATO-Staaten seit 2014 weit über 1.000 Milliarden Dollar mehr als Russland in das Militär gesteckt. Dennoch rief EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Anfang März 2025 eine neue „Ära der Aufrüstung“ aus und legte mit „ReArm Europe“ (inzwischen umbenannt in „Readiness 2030“) einen Plan vor, mit dem über 800 Mrd. Euro zusätzliche Rüstungsgelder mobilisiert werden sollen.[34]

Eine ausführliche Beschäftigung mit den weiteren Annahmen würde den Rahmen dieses Beitrags deutlich sprengen, deshalb am Ende hierzu nur einige wenige Bemerkungen: Auch die Aussagen, die Bundeswehr stehe mal wahlweise „blank“ (Alfons Mais, Heeresinspekteur) oder gar „blanker als blank“ (André Wüstner, Chef des Bundeswehrverbandes) da, sind zweifelhaft, wie ein Vergleich mit den militärischen Fähigkeiten Frankreichs und Großbritanniens ergab.[35] Doch selbst wenn dies der Fall wäre, wäre dies angesichts der massiven Ausgabensteigerungen der letzten Jahre eher ein Fall für den Rechnungshof und kein Argument für weitere Budgetsteigerungen. Außerdem würde sich die Frage stellen, inwieweit es sonderlich klug ist, Unsummen in ein Beschaffungswesen zu stecken, das bereits mit den bisherigen, vergleichsweise überschaubaren Geldern heillos überfordert war.

Und da wäre schließlich drittens noch die Behauptung, Russland habe in wenigen Jahren sowohl die Fähigkeit als auch die Absicht (ebenfalls ein großer Unterschied) NATO-Gebiet anzugreifen, was angesichts der scheinbar „blank“ dastehenden Armeen Deutschlands und seiner europäischen Verbündeten, einen akuten Aufrüstungsbedarf nahelege. Immer wieder ist in diesem Zusammenhang von einem internen Nato-Papier die Rede, demzufolge Russland spätestens ab 2029 willens und in der Lage sei, einen großangelegten Angriff auf die NATO durchzuführen. Der ansonsten eher zu den Hardlinern zählende Professor an der Bundeswehruniversität München, Carlo Masala, findet hierzu überaus deutliche Worte: „Niemand hat es [das NATO-Papier] lesen können. Ohnehin wird die Zahl 2029 von Politikern strategisch genutzt. Sie müssen sagen, dass Russland 2029 einen Krieg führen könnte, um die Menschen auf höhere Verteidigungsmaßnahmen einzustimmen. [...] Ein russischer Einmarsch in Deutschland ist für mich ausgeschlossen.“[36]

Aber selbst wenn der Wille dazu aufseiten Russlands vorhanden wäre, wofür – wie gesagt – die Beweislage bestenfalls dürftig ist, fehlen dazu die Mittel. August Pradetto, ein emeritierten Professor der Bundeswehr-Universität in Hamburg, erklärt dazu: „Die russischen Streitkräfte sind trotz höchster Anstrengung in den letzten drei Jahren gegen die vergleichsweise schwache ukrainische Armee nicht weiter als 100 Kilometer vorgedrungen und dort stecken geblieben. [...] Russland hat überhaupt keine Kapazitäten, um ein NATO-Land anzugreifen. [...] Der gegenwärtige Panikmodus und der Überbietungswettbewerb in Fragen der Aufrüstung ist völlig verfehlt. [...] Das Dümmste, das wir machen können, ist, uns selbst totzurüsten.“[37]

Selbst wenn die USA sich komplett aus der NATO verabschieden würde, was zumindest fraglich ist, wären die europäischen NATO-Staaten Russland dennoch militärisch deutlich überlegen. Für eine „erfolgreiche“ Offensive wird jedoch davon ausgegangen, dass eine Überlegenheit von mindestens 1:3 benötigt wird (für die Einnahme von Städten sogar 1:6). Angesichts der drückenden Überlegenheit der NATO käme ein russischer Angriff einem suizidalen Verhalten gleich. Dementsprechend hieß es in einer Greenpeace-Studie im November 2024: „Die Analyse der militärischen Kapazitäten der Nato und Russlands lässt keinen Zweifel an der allgemeinen militärischen Überlegenheit der Nato. [...] Die Notwendigkeit, in Deutschland die Militärausgaben weiter und dauerhaft zu erhöhen und dabei – in logischer Konsequenz – andere essenzielle Bereich wie Soziales, Bildung oder ökologische Transformation nicht ausreichend zu finanzieren, lässt sich daraus nicht ableiten.“[38]

Anmerkungen

1 Butterwegge, Christoph: „Fortschrittskoalition“ ohne Fortschritt, Rotary Magazin, 22.12.2023.
2 Siehe ausführlich zur Agenda Rüstung Wagner, Jürgen: Im Rüstungswahn. Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung, Köln 2022.
3 Siehe zum Sondervermögen und den daraus finanzierten Projekten die dafür eingerichtete Sonderseite auf der Homepage der Informationsstelle Militarisierung: https://www.imi-online.de/2023/11/15/das-sondervermoegen-der-bundeswehr/
4 Dafür sollten eigentlich 8,4 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen stammen, dem real dann aber nur 5,81 Mrd. Euro entnommen wurde. Siehe Hasenkamp, Ellen: Bundesregierung verfehlt Ziel für Sondervermögen, Schwäbisches Tagblatt, 24.1.2024.
5 Defence expenditures and NATO’s 2% guideline, nato.int, 18.6.2024.
6 Ausgaben für die Bundeswehr 2024 deutlich niedriger als geplant, zeit.de, 20.1.2025.
7 Nato fordert 49 weitere Kampftruppen-Brigaden, welt.de, 6.10.2024.
8 Pistorius will Wehrpflicht-Option im Gesetz verankern, tagesschau.de, 23.6.2025.
9 Eine Debatte mit hohem Spaltpotential, faz.net, 19.1.2025.
10 Bericht über Verteidigungsausgaben 3,6 Prozent für Deutschland als neues NATO-Ziel?, tagesschau.de, 11.2.2025.
11 Fünf Absätze, um Donald Trump milde zu stimmen, Spiegel Online, 23.6.2025.
12 Der Haushaltsentwurf für 2025 der Ampelregierung sah „nur“ 53,25 Mrd. Euro vor.
13 Massive Steigerung der Verteidigungsausgaben: 2029 auf 162 Mil-

liarden Euro, augengeradeaus.net, 23.6.2025. Der massive Sprung von 2027 auf 2028 erkälrt sich daraus, dass 2025 (24 Mrd.), 2026 (26 Mrd.) und 2027 (27 Mrd.) noch massiv Gelder aus dem Bundeswehr-Sondervermögen „zugeschossen“ werden können, die dann 2028 aber aufgebraucht sind. Siehe Deutschland will 2029 rund 153 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben, hartpunkt.de, 23.6.2025.

14 Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 1953 bis 2024, Statista, 29.4.2025.

15 „Die Höhe der zusätzlich verfügbaren Finanzmittel ist, soweit bekannt, nicht begrenzt. Beobachter schätzen, dass bis zu 400 Milliarden Euro bereitgestellt werden könnten.“ (Einigung über die Finanzierung der Bundeswehr, Europäische Sicherheit & Technik, 5.3.2025)

16 Wörtlich lautet die Passage im Grundgesetz nun folgendermaßen: „Von den zu berücksichtigenden Einnahmen aus Krediten ist der Betrag abzuziehen, um den die Verteidigungsausgaben, die Ausgaben des Bundes für den Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie für die Nachrichtendienste, für den Schutz der informationstechnischen Systeme und für die Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten 1 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt übersteigen.“ (Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h), Drucksache 115/25)

17 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h, Drucksache 20/15096.

18 Burlikov, Alexandr/Wolff, Guntram: Europa ohne die USA verteidigen: eine erste Analyse, was gebraucht wird, Kiel Policy Brief, 183.

19 Waffen und Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben, Institut für Weltwirtschaft Kiel, 14.2.2025,

20 Ebd.

21 Dietrich, Nils: »Militär-Keynesianismus«: Hinten kommt nichts Gutes heraus, Neues Deutschland, 2.4.2025.

22 Stamegna, Marco u.a.: The economic impact of arms spending in Germany, Italy, and Spain, MPRA Paper No. 120608/April 2024.

23 Mölling, Christian/Schütz, Torben: „Wir rüsten besser so viel, wie uns unser Leben wert ist“, capital.de, 9.9.2024.

24 Massive Steigerung der Verteidigungsausgaben: 2029 auf 162 Milliarden Euro, augengeradeaus.net, 23.6.2025.

25 »Wir brauchen wohl eher eine Million Drohnen als 2000 neue Panzer«, Spiegel Online, 5.3.2025.

26 Wikipedia: Fettlücke.

27 Lindner will Moratorium für Sozialausgaben, tagesschau.de, 23.2.2024.

28 „Blankes Heer?“: Wo das Geld für die Bundeswehr herkommen könnte, stern.de, 9.1.2025.

29 Bereits früh wurde in diese Richtung in Deutschlands führendem rüstungsnahen Magazin argumentiert: „30 Milliarden Euro mehr bräuchte es derzeit im Verteidigungshaushalt, damit dieser eigenständig das Zwei-Prozent-Ziel erfüllt. Der einzige Posten im Bundeshaushalt, der die Masse dieses zusätzlichen Bedarfes decken könnte, ist der des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Debatte wird sich also um die Streichung von Sozial-Ausgaben für Militär und Rüstung drehen. [...] Der entscheidende Punkt und die damit verbundene Debatte wird allerdings erreicht werden, wenn das Sondervermögen verausgabt ist und man im Bundeshaushalt Prioritäten setzten [sic!] muss. Voraussichtlich wird dieser Zeitpunkt auch mit der kommenden Bundestagswahl zusammenfallen. Rüstung oder Soziales. Dann wird sich zeigen, wie nachhaltig die viel zitierte Zeitenwende ist.“ (Henckel, Ole: Die neue Nationale Sicherheitsstrategie – Vorbote einer harten Debatte, Europäische Sicherheit & Technik, 4.7.2023)

30 Kommentar zu Donald Trump: Wenn Bündnisses als Bürde gelten, Deutschlandfunk, 8.1.2025.

31 Gemeinsames Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030, JOIN(2025) 120 final, Brüssel, 19.3.2025.

32 Global defence spending soars to new high, Military Balance Blog, 12.2.2025.

33 https://www.sipri.org/databases/milex/frequently-asked-questions#PPP

34 Siehe Demirel, Özlem Alev/Wagner, Jürgen: Europe first. EU-Weißbuch für die Umstellung auf Kriegswirtschaft und die Abkopplung von den USA, IMI-Analyse 2025/10.

35 Bayer, Markus u.a.: Verschwendet oder effektiv eingesetzt? Militärausgaben in Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich im Vergleich, Greenpeace, November 2023.

36 Der Russe kommt. Vielleicht, Zeit Online, 26.5.2025.

37 „Wir brauchen keine Aufrüstung, die russische Armee ist ausgeblutet“, freitag.de, 6.3.2025.

38 Wulf, Herbert/Steinmetz, Christopher: Wann ist genug genug? Greenpeace, November 2024.

Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.
Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.